

II— **857** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM

FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 26. Mai 1976

Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/16-1/76

**325/AB****1976 -06- 14**zu **358/J****B e a n t w o r t u n g**

der Anfrage der Abgeordneten Dr. PELIKAN und  
Genossen an die Frau Bundesminister für Ge-  
sundheit und Umweltschutz betreffend die Vor-  
lage eines Umweltschutzberichtes

(Nr. 358/J-NR/1976)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich  
folgende Fragen gerichtet:

" 1.) Wann ist mit der Vorlage eines Umweltschutz-  
berichtes an das Parlament zu rechnen?

2.) Was ist der Grund dafür, daß bisher die Vor-  
lage eines Umweltschutzberichtes noch nicht erfolgt ist?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Die Vorlage eines Umweltschutzberichtes bedingt  
umfangreiche Vorarbeiten und einen entsprechenden Er-  
fahrungszeitraum, um auf der Grundlage der einlangenden  
Meßergebnisse und Berichte nicht nur eine auf einen  
bestimmten Zeitpunkt bezogene Situationserfassung  
sondern auch eine Darstellung der Entwicklungstendenz  
geben zu können.

./.

Entsprechend einer EntschlieÙung des Nationalrates vom 14. März 1972 wurde gegen Ende der vergangenen Legislaturperiode ein Gutachten über die rechtliche Situation auf dem Gebiet des Umweltschutzes vorgelegt. Dem waren umfangreiche Arbeiten im Rahmen des Interministeriellen Komitees für Umweltschutz vorausgegangen.

Mein Bundesministerium sorgt darüber hinaus auch für die Veröffentlichung sektoraler Bestandsaufnahmen, wie etwa der Müllerhebung 1973, und anderer einschlägiger Forschungsergebnisse. Ich bin selbstverständlich bereit, derartige Veröffentlichungen über Wunsch jedem Abgeordneten zum Nationalrat zu übermitteln.

Ein umfassender Umweltschutzbericht sollte jedoch nach Möglichkeit auch die Entwicklung der Emissionssituation in Belastungsgebieten an Hand der Aufzeichnungen in Emissionskatastern und die immissionsseitigen Entwicklungstendenzen, wie sie sich in den Immissionskatastern darstellen, aufzeigen. Dies setzt wiederum die Festsetzung und Kontrolle von Emissions- und Immissionsgrenzwerten voraus, an denen wir zur Zeit mit allem Nachdruck arbeiten. Die Vorlage eines Umweltschutzberichtes wird daher zweckmäßigerweise erst nach Abschluß der erwähnten Vorarbeiten erfolgen.

Der Bundesminister:

